

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München

Department of EIA  
Ministry of the Environment/Ministerstvo  
životního prostředí  
Department of EIA and IPPC  
Vrsovicke 65  
100 10 Praha 10

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089/4126-2493, -2728

Fax 089/4126-1494

[info@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:info@gruene-fraktion-bayern.de)

[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)

U4/U5 Max-Weber-Platz

Tram 19 Maximilianeum

München, den 16.08.2017

**Stellungnahme im Rahmen des Verfahrens zur Strategischen  
Umweltprüfung zur Aktualisierung der Konzeption bei der  
Entsorgung von radioaktiven Abfällen und angebranntem Brennstoff  
in Tschechien**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als energie- und klimapolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Bayern gebe ich im Auftrag der Fraktion folgende Stellungnahme im Rahmen des Verfahrens zur Strategischen Umweltprüfung zur Aktualisierung der Konzeption bei der Entsorgung von radioaktiven Abfällen und angebranntem Brennstoff in Tschechien.

1. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Tschechische Republik an der Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus dem Betrieb der tschechischen Atomkraftwerke weiterarbeitet und dafür ein nationales Endlager errichten will.
2. Die vorgelegte Entsorgungsstrategie hat unserer Ansicht nach den Mangel, dass Umfang und „Qualität“ des zu entsorgenden Atommülls nicht festgelegt ist. Dies ist aus zweierlei Gründen erforderlich bzw. sinnvoll: Nur eine klare Vorstellung über die Menge des Atommülls (sowohl Gewicht, als auch Volumen, als auch Radioaktivitätsinventar) schafft Klarheit über die Anforderungen an ein atomares Endlager. Eine klare Abgrenzung der einzulagernden Atommüllmenge erleichtert auch die regionale Akzeptanz für ein solches Projekt, wenn Bürgerinnen

und Bürgern klar ist, dass es sich nicht um eine „endlose“ Aufgabe handelt.

3. Im Rahmen dieser Feststellung der einzulagernden Atomabfälle sollte im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung unbedingt auch eine Variante untersucht werden, die die Abfallmenge deutlich reduziert. Angesichts der Kostendegression bei den Erneuerbaren Energien und der damit verbundenen Veränderungen im Strommarkt hat sich die ökonomische Situation der Atomkraft wesentlich verändert. Diese Diskussion wird ja auch in Tschechien intensiv geführt. Von daher ist es unserer Ansicht nach vernünftig, im Rahmen der strategischen Umweltprüfung auch zu untersuchen, welche Abfallmenge zu entsorgen ist, wenn auf den Bau weiterer Atomkraftwerke verzichtet wird und eine zügigen Beendigung der bereits in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke vollzogen wird.
4. Neben der einzulagernden Menge sollte unserer Ansicht nach auch zwingend in dem Verfahren festgelegt werden, für welchen Zeitraum der Atommüll von der Biosphäre isoliert werden muss. Aus unserer Erfahrung und auch als Ergebnis internationaler Diskussion sollte ein Endlager darauf ausgelegt sein, dass es für eine Million Jahre den Austritt von Radioaktivität verhindern muss. Auch wenn zunächst eine Million Jahre als sehr hoch angesehen wird, sollte berücksichtigt werden, dass wir angesichts des Klimawandels mit deutlich veränderten Prozessen zu rechnen haben. Temperaturerhöhungen die sich früher in zehntausenden von Jahren abspielten, erleben wir mittlerweile innerhalb von 100 Jahren. Dies kann und wird auch die geologische Stabilität beeinflussen und Prozesse beschleunigen.
5. Gerade auch angesichts der Unwägbarkeiten des Klimawandels ist bei der Entwicklung eines Endlagers für den tschechischen Atommüll die Möglichkeit, den laufenden Prozess zu korrigieren bzw. getroffene Festlegungen zu revidieren, enorm wichtig.
6. Ziel des Verfahrens sollte es unserer Ansicht nach sein, nicht nur einen „geeigneten“ Standort für den Atommüll zu finden, sondern den bestmöglichen. Also einen Standort der die maximale Sicherheit bietet und für zukünftige schwer absehbare Entwicklungen die größte Robustheit aufweist. Eine Verengung auf zwei bzw. drei Standorte erscheint uns in diesem Zusammenhang nicht für ratsam.
7. Elementar in einem solchen Verfahren ist unserer Erfahrung nach eine breite, transparente und demokratische Öffentlichkeitsbeteiligung. Angesichts der Herausforderung der Aufgabe und der damit verbundenen Kosten ist mit einer großen Einflussnahme durch Lobbyisten zu rechnen. Nur eine tatsächliche Beteiligung der interessierten bzw. betroffenen

Bürgerinnen und Bürger ermöglicht einerseits eine sachgerechte Lösung und schafft andererseits die Akzeptanz für dieses Projekt.

Aus diesen oben genannten Gründen bittet unsere Fraktion die Tschechische Republik, den aktuellen Bericht zurückzuziehen, das Konzept zu überarbeiten und anschließend das Verfahren auf einer besseren Grundlage neu zu eröffnen.

Mit den besten Grüßen



Martin Stümpfig, MdL

Martin Stümpfig, MdL  
Energie- und klimapolitischer Sprecher

Tel: 089/4126-2882

Fax: 089/4126-1494

[Martin.stuempfig@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:Martin.stuempfig@gruene-fraktion-bayern.de)